

Die
Stadt Seelze
Rathausplatz 1
30926 Seelze

- vertreten durch den Bürgermeister -
- im Folgenden: Auftraggeber (AG)-

und

die **Firma**

.....
.....
.....

- im Folgenden: Auftragnehmer (AN)-

- beide gemeinsam im Folgenden: die Vertragsparteien -

schließen folgenden

Rahmenvertrag
über die Belieferung und Montage von Weißware

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Vertragsgegenstand	3
§ 2	Leistungsbeschreibung	3
§ 3	Pflichten des AN	4
§ 4	Zahlung	4
§ 5	Vertragsbestandteil	4
§ 6	Übertragung von Leistungen an Nachunternehmer, Bietergemeinschaften	5
§ 7	Einhaltung der Bestimmungen des NTVergG	5
§ 8	Haftung	6
§ 9	Versicherungen	6
§ 10	Rahmenvertragslaufzeit und Kündigung	6
§ 11	Datenschutz, Geheimhaltung	7
§ 12	Salvatorische Klausel	7
§ 13	Schriftformklausel	7
§ 14	Gerichtsstandvereinbarung	8
Anlage 1		9

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der AN verpflichtet sich auf Basis der Leistungsbeschreibung und der nachfolgenden Rahmenvertragsbedingungen des AG, den AG mit einer unbestimmten Menge an Weißware zu beliefern.
- (2) Als Weißware sind in diesem Vertrag ausschließlich folgende Geräte zu verstehen, deren technischen Voraussetzungen und Ausstattungsmerkmale in Anlage 1 als Vertragsbestandteil genauer spezifiziert sind:
 - a. Los 1: Elektronischer Herd (E-Herd) mit Backofen
 - b. Los 2: Waschmaschine
 - c. Los 3: Kühl-Gefrier-Kombination

§ 2 Leistungsbeschreibung

- (1) Die Belieferung des AG erfolgt auf Basis von schriftlichen Einzelaufträgen per Mail oder per Telefon mit anschließender, schriftlicher Auftragsbestätigung von Seiten des AN.
- (2) Eine Verpflichtung des AG zur Abnahme einer Mindestmenge besteht nicht.
- (3) Die Bestellung orientiert sich am tatsächlichen Bedarf des AG.
- (4) Ist ein Artikel aus dem Leistungsverzeichnis nicht mehr lieferbar, so muss der AG umgehend informiert und ihm ein gleichwertiges Produkt angeboten werden.
- (5) Der AN ist für den Zeitraum der Vertragslaufzeit an seine Angebotspreise gebunden. Im Falle einer Vertragsverlängerung ist ein Preisaufschlag maximal in Höhe der Teuerungsrate des Statistischen Bundesamtes möglich.
- (6) Die Lieferungen sind versandkostenfrei und erfolgen spätestens 5 Werktage nach Auftragserteilung an die im Auftrag genannten Adressen. Bei lagerhaltigen Geräten hat die Lieferung spätestens innerhalb von 3 Werktagen nach Auftragserteilung zu erfolgen.
- (7) Die Weißware wird vom AN bis an den vom AG gewünschten Aufstellort in der Unterkunft transportiert.
- (8) Der AN ist für die Montage und den Anschluss der Weißware zuständig. Die Montage und der Anschluss der Weißware ist im Preis mit inbegriffen.
- (9) Leistungsort für die Lieferungen der Weißware ist das gesamte Stadtgebiet der Stadt Seelze.
- (10) Bei der Altgeräteentsorgung gelten die gesetzlichen Vorschriften nach § 17 Absatz 1 ElektroG (Elektro- und Elektronikgerätegesetz), die besagen, dass Vertreiber mit einer Verkaufsfläche für Elektro- und Elektronikgeräte von mindestens 400 Quadratmetern verpflichtet sind, bei der Abgabe eines neuen Elektro- oder Elektronikgerätes an einen Endnutzer ein Altgerät des Endnutzers der gleichen Geräteart, das im Wesentlichen die gleichen Funktionen wie das neue Gerät erfüllt, am Ort der Abgabe oder in unmittelbarer Nähe hierzu unentgeltlich zurückzunehmen.

Sofern keine gesetzliche Verpflichtung zur unentgeltlichen Rücknahme gemäß § 17 ElektroG besteht, gilt für die Mitnahme und Entsorgung von Aktgeräten die mit Angebotsabgabe angegebene Altgerätemitnahmepauschale. Die Beauftragung erfolgt optional und ausschließlich nach Bedarf des AG. Ein Anspruch auf Beauftragung dieser Position besteht nicht.
- (11) Sollte die Weißware während der Nutzung durch Bewohner defekt oder beschädigt werden, ist der AN verpflichtet, das Gerät instand zu setzen oder auszutauschen, sofern dies wirtschaftlich zumutbar ist. Die Durchführung der Reparatur oder des Austauschs erfolgt auf

Anweisung des AG. Die Kostenübernahme durch den AG erfolgt nur nach vorheriger Zustimmung im Einzelfall.

Eine wirtschaftliche Zumutbarkeit liegt insbesondere vor, wenn die Reparaturkosten den Zeitwert des Geräts nicht überschreiten.

- (12) Gerät der AN mit der Lieferung in Verzug, ist der AG berechtigt, nach angemessener Fristsetzung die Leistung durch Dritte auf Kosten des AN beschaffen zu lassen. Weitergehende Ansprüche bleiben unberührt.

§ 3 Pflichten des AN

- (1) Der AN stellt die für die Leistungserbringung erforderlichen Geräte und Materialien.
- (2) Der AN benennt die Ansprechperson/Ansprechpersonen für die Koordination und Absicherung der Schnittstellen zwischen allen Beteiligten. Ein Wechsel dieser Person/Personen muss dem AG unverzüglich angezeigt werden.
- (3) Der AN hat zu gewährleisten, in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 09:00 Uhr und 16:00 Uhr telefonisch sowie per E-Mail erreichbar zu sein. Schließungen während der Mittagszeit sind erlaubt.
- (4) Der AN hat für das Ausführen der vereinbarten Leistungen dementsprechendes Fachpersonal einzusetzen.

§ 4 Zahlung

- (1) Die Zahlung erfolgt innerhalb von 14 Tagen nach Eingang einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung.
- (2) Eine Rechnung gilt als prüffähig, wenn sie insbesondere folgende Angaben enthält:
 - Bezug zum jeweiligen Einzelauftrag (Bestellnummer),
 - Art und Menge der gelieferten Leistungen
 - Einzel- und Gesamtpreise gemäß Angebot,
 - Lieferdatum bzw. Leistungszeitraum
- (3) Die Zahlung setzt voraus, dass die Leistung vollständig und vertragsgemäß erbracht wurde.
- (4) Bei fehlerhaften oder unvollständigen Rechnungen beginnt die Zahlungsfrist erst nach Eingang einer korrigierten, prüffähigen Rechnung.

§ 5 Vertragsbestandteil

- (1) Vertragsbestandteile sind als sinnvolles Ganzes – bei nicht auslösbaren Widersprüchen – in nachstehender Reihenfolge
 - die Regelungen dieses Vertrages
 - die Leistungsbeschreibung nebst den dazugehörigen Anlagen
 - die Bestimmungen des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG)
 - Weiter gehören dazu die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, behördlichen Bestimmungen, Normen, Richtlinien und Bestimmungen sowie anerkannte Berufsgrundsätze, arbeitsrechtliche und Umweltschutzbestimmungen in der im Erfüllungszeitpunkt geltenden Fassung, insbesondere die zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) des Landes Niedersachsen für die Ausführung von Lieferungen und Leistungen und die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).
 - die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)

- (2) Etwaige Vorverträge, unter § 2 Abs. 1 nicht aufgeführte Unterlagen, Protokolle oder sonstige Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages, insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des AN sind nicht Vertragsbestandteil.

§ 6 Übertragung von Leistungen an Nachunternehmer, Bietergemeinschaften

- (1) Der AN darf Leistungen nur an fachkundige und zuverlässige Nachunternehmer übertragen. Dabei ist sicherzustellen, dass die gesetzlichen Vorgaben zu Steuern, Sozialabgaben und gewerberechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.
- (2) Der AN hat die Nachunternehmer bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- (3) Vor der Beauftragung ist Art und Umfang der zu übertragenden Leistungen sowie die Daten des Nachunternehmers dem AG schriftlich mitzuteilen. Die Zustimmung des AG ist vor Beginn der Leistung einzuholen.
- (4) Der AN hat zu gewährleisten, dass Nachunternehmer die übernommenen Leistungen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG weitervergeben.
- (5) Kleinere und mittlere Unternehmen sollen bei der Vergabe angemessen berücksichtigt werden.
- (6) In Bietergemeinschaften ist die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit aller Mitglieder nachzuweisen.
- (7) Soweit vom AN Referenzen gefordert werden, sind diese auch von den benannten Nachunternehmern vorzulegen.

§ 7 Einhaltung der Bestimmungen des NTVerG

1. Der AN verpflichtet sich im Hinblick auf § 4 Absatz 1 Niedersächsisches Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVerG), den in ihrem Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) in der jeweils geltenden Fassung mindestens ein Entgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes bei der Ausführung der beauftragten Leistungen zu zahlen, die innerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden, und ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Absatz 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Entgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen.
2. Der AN verpflichtet sich, die öffentlich-rechtlichen Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch (§ 404 Absatz 1 Nr. 2, Absatz 2 Nr. 2, §§ 406, 407 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 15, 15a, 16 Absatz 1 Nr. 1, 1b und 2 Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit) einzuhalten.
3. Soweit Nach- oder Verleihunternehmen eingesetzt werden sollen, verpflichtet sich der AN, diese Unternehmen auch vertraglich zu binden, eine Erklärung über die Zahlung der Mindestentgelte gemäß § 4 Absatz 1 NTVerG vorzulegen. Dies gilt auch im Falle der Beauftragung nach Vertragsunterzeichnung.
4. Dem AN ist bekannt, dass er gemäß § 14 AEntG oder § 13 MiLoG für die Zahlung der Mindestentgelte durch ihre Nach- oder Verleihunternehmen haftet. § 14 AEntG und § 13 MiLoG finden auf das Vertragsverhältnis mit dem AG hingegen keine Anwendung, da es sich um die Deckung des Eigenbedarfs des AG handelt. Nach Unterzeichnung dieses Vertrages bedarf die Einschaltung oder der Wechsel eines Nachunternehmens der Zustimmung der Stadt

Seelze. Diese Einschaltung oder dieser Wechsel darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden.

5. Der AN verpflichtet sich, dem AG die Einhaltung seiner Verpflichtungen aus dem NTVergG auf seinem Verlangen jederzeit nachzuweisen. Ferner verpflichtet sich der AN, auch die Nach- oder Verleihunternehmen auf die Einhaltung dieser Rechte des AG zu verpflichten (§ 13 Absatz 1 NTVergG).
6. Die schuldhaft und nicht nur unerhebliche Nichterfüllung einer sich aus der Erklärung nach § 4 Absatz 1 NTVergG ergebenden Verpflichtung durch den AN oder ein Nach- oder Verleihunternehmen berechtigt den AG neben Schadensersatz auch zur Kündigung aus wichtigem Grund (§ 15 Absatz 2 NTVergG).

§ 8 Haftung

- (1) Gefahren und Beschädigungen während der vertraglich vereinbarten Leistungen sind vom AN zu tragen:
 - a. Der AN haftet für die von ihm und seinen Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Personen-, Sach- und Vermögensschäden nach den gesetzlichen Bestimmungen, die in Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen entstehen.
 - b. Dem AN obliegt die Versicherung seiner selbst und seiner Erfüllungsgehilfen gegen Unfälle, Krankheiten oder Infektionen, die nicht von der Unfallversicherung erfasst werden.

§ 9 Versicherungen

- (1) Der AN verpflichtet sich, eine Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen, die je Versicherungsjahr zweifach maximiert zur Verfügung steht und für jeden Schadenfall die folgenden Ersatzleistungen vorsieht:

Personenschäden	5.000.000 €
Sachschäden, Umweltschäden	5.000.000 €
Vermögensschäden	100.000 €

Die Haftpflichtversicherung des AN muss auch mögliche Folgeschäden abdecken.

- (2) Vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes hat der AN keinen Anspruch auf Leistungen des AG; dieser kann Zahlungen davon abhängig machen, dass ihm der Fortbestand des Versicherungsschutzes nachgewiesen wird.
- (3) Der AN verpflichtet sich, die Betriebshaftpflichtversicherung im bestätigten Umfang für die gesamte Dauer dieses Vertrages aufrechtzuerhalten. Er hat dies dem AG auf seinem Verlangen jederzeit nachzuweisen.

§ 10 Rahmenvertragslaufzeit und Kündigung

- (1) Die Laufzeit des Rahmenvertrags beginnt am 01.06.2026 und endet am 31.05.2028.
- (2) Die Probezeit beträgt 6 Monate. Die Kündigungsfrist für beide Seiten beträgt innerhalb der Probezeit 4 Wochen.
- (3) Dieser Vertrag kann von Seiten des AG zweimal um jeweils 12 Monate zu den vorliegenden Vertragsbedingungen verlängert werden. Der AG hat dem AN die Inanspruchnahme der 12-

monatigen Verlängerungsoption spätestens 3 Monate vor Beendigung des Rahmenvertrages schriftlich mitzuteilen.

- (4) Der Rahmenvertrag kann bei Vorliegen eines wichtigen Grunds vom AG außerordentlich gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn der AN trotz wiederholter Mahnung seine Leistungen nicht, teilweise nicht oder nicht fristgerecht erfüllt. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen bleibt unberührt.

§ 11 Datenschutz, Geheimhaltung

Der AN ist verpflichtet, alle personen- und betriebsbezogenen Daten des AG, der mit ihm verbundenen Gesellschaften sowie seiner Geschäftspartner/innen weder außerhalb der Zweckbindung des jeweiligen Auftrages zu verarbeiten, noch sie bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder zu nutzen. Dies gilt auch für ihn bekannt gewordene technische Daten. Diese Verpflichtung besteht nach Beendigung der Tätigkeit im Rahmen dieses Vertrages unbefristet fort. Der AN wird insbesondere die datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechend der jeweils geltenden rechtlichen Vorschriften erfüllen und seine Erfüllungsgehilfen entsprechend verpflichten.

Personenbezogene Daten, die berechtigterweise zweckgebunden erhoben, verarbeitet und gespeichert wurden, sind spätestens ein Jahr nach Vertragsbeendigung zu löschen.

Maßgebend sind das Niedersächsische Datenschutzgesetz (NDSG) und die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in ihrer jeweils aktuellen Fassung.

Der AN darf sämtliche Informationen, die er im Rahmen dieses Vertrages sowie aufgrund der in Zusammenhang mit diesem Vertrag erteilten Aufträge seitens des AG erhält, nur in dem Umfang an Dritte weitergeben, wie dies zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung erforderlich ist. Über alle anderen dienstlichen Angelegenheiten des AG, über die der AN im Rahmen der vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit Kenntnis erlangt hat, hat der AN gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren.

Bei der Verarbeitung, Speicherung und sonstigen Nutzung personenbezogener Daten trägt der AN Sorge dafür, dass die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie sämtliche weitere insoweit einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften uneingeschränkt Beachtung finden.

Der AN verpflichtet sämtliche durch ihn eingesetzten Arbeitskräfte schriftlich zur Wahrung von Stillschweigen über alle Vorgänge, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bekannt werden. Dies gilt auch unbefristet für die Zeit nach Beendigung des Arbeits- oder Auftragsverhältnisses.

§ 12 Salvatorische Klausel

Ist oder wird eine der Bestimmungen dieses Rahmenvertrages unwirksam, berührt dies den Inhalt des Vertrages im Übrigen nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, für diesen Fall eine Regelung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Regelung am nächsten kommt. Die Vertragsparteien verpflichten sich für den Fall des Bestehens einer Regelungslücke, eine Regelung zu vereinbaren.

§ 13 Schriftformklausel

- (1) Änderungen dieses Rahmenvertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Einschränkung oder Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden haben die Vertragsparteien nicht getroffen.

- (2) Soweit dieser Rahmenvertrag ein Schriftformerfordernis vorsieht, reicht zur Wahrung dieser Form die Textform gemäß § 126b BGB aus, es sei denn, dass das Schriftformerfordernis sich ausdrücklich aus dem Gesetz ergibt.

§ 14 Gerichtsstandvereinbarung

Der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des Rahmenvertrages sowie aus dem Vertragsverhältnis richtet sich ausschließlich nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des AG zuständigen Stelle.

Seelze, den

....., den

.....
Stadt Seelze (Auftraggeber)

.....
(Auftragnehmer)

Weißware/Pflichtausstattung	E-Herd mit Backofen	Waschmaschine	Kühl-Gefrierkombination
Los	1	2	3
Energieeffizienzklasse	Mindestens B	Mindestens C	Mindestens C
freistehend	Ja	Ja	Ja
Weitere technische Daten	4 Kochzonen	Trommelvolumen mindestens 7 Kg	Kühl- Gefrierkombination mit separaten Zugängen zu Kühlschrank und Tiefkühlfach
	Backofen mit mindestens 3 Heizarten: Ober- /Unterhitze, Umluft	Restlaufanzeige	Groß: Kühlschrank ≥ 160 l Tiefkühlfach ≥ 35 l Kleinere Modelle auch erforderlich: Kühlschrank ≥ 80 l Tiefkühlfach ≥ 30 l Für die Angebotswertung ist im Preisblatt der Stückpreis für folgende Kombination anzugeben: Kühlschrank ≥ 160 l Tiefkühlfach ≥ 35 l
	Anschlusswert mindestens 7 kW		Tiefkühlfach mindestens 4 Sterne